

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

**zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Gerstein, Müller (Remscheid),
Lenzer, Dr. George, Dr. Probst, Pfeifer, Franke, Dr. Blüm, Hasinger, Benz,
Engelsberger, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim,
Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und Genossen und der
Fraktion der CDU/CSU**
– Drucksache 8/3576 –

Menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Bundestag begrüßt grundsätzlich die vom Ansatz her wünschenswerten staatlichen Förderungsmaßnahmen für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Der Bundestag unterstützt alle Bestrebungen, vermeidbare Belastungen und Arbeiterschwernisse abzubauen, die Sicherheit am Arbeitsplatz zu erhöhen und die äußeren Bedingungen am Arbeitsplatz menschengerecht zu gestalten. Solche Maßnahmen sind unverzichtbarer Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft.
2. Der Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, daß durch sachgerechte, ideologiefreie Forschung Erkenntnisse gewonnen werden können, die zu einer menschengerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen beitragen. Ein wirksam organisiert und an der betrieblichen Praxis orientiertes Förderungsprogramm kann – selbst mit dem Einsatz von begrenzten finanziellen Mitteln – viel für den einzelnen Menschen am Arbeitsplatz erreichen.
3. Der Bundestag bedauert, daß es bisher nicht gelungen ist, die Forschungsergebnisse des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens“ in breiterem Umfang in die Praxis umzusetzen.
4. Der Bundestag fordert eine Organisation und Vergabepraxis für Forschungsvorhaben und Begleitforschung, die

sicherstellen, daß die Forschungsarbeiten ohne unzulässige Einschränkungen frei möglich sind.

5. Der Bundestag erwartet, daß sich insbesondere sozialwissenschaftliche Forschungs- und Begleitforschungsvorhaben vorrangig an den Problemen menschlicher Arbeit und der Betriebspraxis orientieren und nicht ideologisiert wirklichkeitsfremd arbeiten.
6. Der Bundestag empfiehlt bei der Begleitforschung eine engere Abstimmung und Zusammenarbeit beteiligter Disziplinen sicherzustellen, um vergleichbare Teilaussagen zu erreichen und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den eher natur- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen wie der Arbeitsmedizin, Arbeitsphysiologie und Ergonomie und den Sozialwissenschaften zu gewährleisten.
7. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ein gemeinsames mit den Instituten der Forschungsförderung abgestimmtes Konzept zu entwickeln und vorzulegen, das eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen der derzeit vernachlässigten Grundlagenforschung und der anwendungsorientierten Forschung ermöglicht.
8. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Forschungsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“ in Zielsetzung und Durchführung kritisch zu überprüfen und unter Beachtung der vorgenannten Forderungen neu zu gestalten und darüber hinaus zu berücksichtigen:
 - Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens darf nicht Selbstzweck sein und nicht vorwiegend der Erhaltung bestimmter Forschungseinrichtungen und Forschergruppen dienen. Das Forschungsprogramm darf nicht ideologisch belastet sein.
 - Die Forschungsarbeiten müssen in breitem Umfang in die Praxis umgesetzt werden und den arbeitenden Menschen zugute kommen.
 - Bei vorwiegend technologischen Forschungsprojekten sind die Sicherung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und ein angemessenes Beschäftigungsniveau in der Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen anzustreben.
 - Den kleinen und mittleren Unternehmen sollen im Hinblick auf die Umsetzung der gewonnenen Erfahrungen Kataloge von beispielhaften Lösungen und Leitfäden für die praktische Anwendung an die Hand gegeben werden.
 - In dem Förderprogramm soll eine klare Trennung zwischen Betriebsinvestitionen und Forschungsaufgaben vorgenommen werden.
 - Die Koordinierung mit anderen Förderprogrammen des BMFT – wie z. B. der technischen Kommunikation – ist zu verbessern.

9. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die finanziellen Zuwendungen für das Forschungsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“ erst dann aufzustocken, wenn die Probleme beim verwaltungsmäßigen Vollzug des Programms gelöst sind, insbesondere die administrativen Mängel nach einer organisatorischen Neuordnung beim Projektträger HdA abgestellt sind und eine ordnungsgemäße Abwicklung der Vorhaben gewährleistet werden kann.
10. Die Bundesregierung wird aufgefordert, künftig dafür zu sorgen, daß die Ergebnisse der Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens von den bestehenden Restriktionen für die Veröffentlichung befreit werden, damit die Veröffentlichungen so rasch wie möglich erfolgen können.

Bonn, den 13. Mai 1980

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

